

Früher ist besser

- Anzahl der in NRW praktizierenden Rheumatologen?

Die diesbezüglich verfügbaren Zahlen sind nicht leider nicht eindeutig. Es gibt geschätzt ca. 50 - 100 Rheumatologen in Nordrhein-Westfalen.

- Sicherstellung wohnortnaher rheumatologischer Versorgung?

Etwa zwei Prozent der Bevölkerung leiden unter einer chronisch entzündlich-rheumatischen Krankheit. Von den ca. 360.000 Erkrankten in Nordrhein-Westfalen werden ca. 31.000 Patientinnen und Patienten stationär in einer Rheumatologie behandelt. Die Kassenärztlichen Vereinigungen sind im Rahmen der Selbstverwaltung für die Sicherstellung der Versorgung verantwortlich. Dazu gehört auch die Voraussetzung einer Niederlassungserlaubnis. Im Interesse der Betroffenen will die CDU sich aber für eine qualifizierte und fachspezifische Behandlung aller Rheuma-Erkrankter im Rahmen des politischen Handlungsspielraumes einsetzen.

Medizinische Versorgung von Rheumapatienten

- Spezialisierte stationäre Versorgung von Rheumapatienten?

Rund 31.000 Patientinnen und Patienten werden aktuell in Nordrhein-Westfalen stationär in einer Rheumatologie behandelt. Das bedeutet einen deutlichen Anstieg seit 2006 (+ 18, 1 Prozent). Diesem Anstieg kann nur durch eine Erhöhung der behandelnden Ärztinnen und Ärzte gerecht werden. Solange die benötigte Anzahl von Fachärzten nicht ausgebildet werden kann, wird die Rheumatologie weiterhin eine Untergruppe der Inneren Medizin bzw. der Orthopädie bleiben. Die CDU will sich dafür einsetzen, dass der Rheumatologie im Sinne der erkrankten Menschen und im Sinne einer hochqualifizierten Behandlung mehr Handlungsspielräume und Anerkennung eingeräumt werden.

- Rheumatologische Fachabteilungen flächendeckend in Kliniken?

In nordrhein-westfälischen Krankenhäusern sind insgesamt 18 internistische und 9 orthopädisch-rheumatologische Fachabteilungen eingerichtet. Die Krankenhausplanung muss vor dem Hintergrund eines zunehmenden Ärztemangels neu ausgerichtet werden. Wir brauchen in Kliniken hochqualifizierte Ärztinnen und Ärzte für viele verschiedenen Fachrichtungen. Ziel der Fachabteilungen, auch der rheumatologischen Fachabteilungen, soll dabei die hohe Fachlichkeit und Spezialisierung sein. Der flächendeckende Ansatz ist nicht unser primäres Ziel.

- Flächendeckender Zugang zur koordinierten interdisziplinären Versorgung durch spezialisierte Fachärzte?

Grundsätzlich begrüßt die CDU Nordrhein-Westfalen die Aufnahme rheumatischer Erkrankungen in die Ambulante Spezialfachärztliche Versorgung (ASV). Zum flächendeckenden Ansatz muss gesagt werden, dass die Politik keinen Einfluss auf die Spezialisierung der jungen Medizinerinnen und Mediziner hat. Der Ärztemangel nimmt in vielen Fachbereichen zu. Neben den Allgemeinmedizinerinnen und Mediziner fehlen Kinderärzte, Hautärzte, Chirurgen und weitere Facharzttrichtungen. Gemeinsam mit den Verantwortlichen der Selbstverwaltung ist zu überlegen, welche Anreizmechanismen zu einer bedarfsgerechten fachärztlichen Ausbildung eingesetzt werden können.

Rheuma als Fachgebiet an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen

- Erhöhung der Lehrstühle für internistische Rheumatologie?
- Lehre von Kinderreumatologie an Universitäten und Fachkliniken in Nordrhein-Westfalen?
- Obligatorische Vorlesungen und Blockpraktika an allen medizinische Fakultäten?
- Etablierung der Versorgungsforschung in den Hochschulen von Nordrhein-Westfalen?

Die medizinischen Fakultäten in Nordrhein-Westfalen bilden nach Ansicht der CDU zu wenig Mediziner aus. Die Anzahl von zwei Lehrstühlen für internistische Rheumatologie ist bereits um 100 Prozent höher als die Anzahl der Lehrstühle für Allgemeinmedizin, was in naher Zukunft bereits zu einem deutlichen Versorgungsengpass führen wird. Die CDU will genau abwägen, welche Schwerpunkte gestärkt oder ausgebaut werden müssen, um die medizinische Versorgung der Menschen in Nordrhein-Westfalen sicher zu stellen. Die Rheumatologie mit ihren Facetten wird dabei eine wichtige Rolle spielen. Zunächst wird realistisch aber nicht an allen medizinischen Fakultäten die Rheumatologie obligatorisch umsetzbar sein.

Vom behandelten zum handelnden Patienten

- Funktionstraining als landesweites Selbsthilfeangebot. Therapie in 30 °C Wasser; Bäder in Kommunen teilweise geschlossen. Sicherstellungsauftrag der Krankenkassen in der Wassergymnastik gewährleisten?

Die desolante Finanzsituation zwingt Kommunen dazu, ihre Bäder zu schließen. Die CDU will sich für eine Verbesserung der Kommunalfinanzen einsetzen. Die Entscheidung, ob eine Kommune Bäder zur Verfügung stellt, ist aber auch von der Auslastung abhängig. Die Krankenkassen und die Selbsthilfegruppen müssen hier in Eigeninitiative Lösungsmöglichkeiten erarbeiten.

- Hinwirken auf selbsthilfefreundliches Gesundheitswesen- wie?
Der CDU tritt seit jeher für eine transparente und beteiligungsorientierte Politik ein. Daran wollen wir festhalten.

- Patientenbeteiligung in Gremien des Gesundheitswesens – ausreichende Mittel für Koordination und Begleitung?

Die Beteiligung der Betroffenen ist wichtig und befördert in der Regel die Qualität der Angebote. Das gilt auch für die Gremien des Gesundheitswesens. Die Frage, ob Haushaltsmittel für Koordination und Begleitung zur Verfügung gestellt werden können, hängt von der Situation des Landeshaushaltes ab.

- Patientenbeauftragten in jetziger Form erhalten?

Die Kosten des jetzigen Patientenbeauftragten müssen genau evaluiert werden. Eine Kosten-Nutzenabwägung und die Frage, ob der Patientenbeauftragte des Bundes nicht ausreichend ist, wird dann über die Stelle eines eigenen Landes-Patientenbeauftragten entscheiden.

Rheuma und Schule

- Flächendeckend gute inklusive Schule?
- Barrierefreiheit an allen Schulen?
- Individuelle Nachteilsausgleiche? Beschulung chronisch kranker Schüler?
- Umfangreiche Entwicklung der Lehrerbildung und Fortbildung – chronische Krankheiten besser berücksichtigt?
- G8 oder G9?

Die CDU spricht sich für Inklusion in einer vielfältigen Schullandschaft aus, in der die Qualität des Unterrichts im Mittelpunkt steht. Eine anregende Lernumgebung, gute Lehrer-Schüler-Beziehungen, die Vernetzung in den Sozialraum und Anschlussperspektiven sind Kennzeichen einer guten Schule. Inklusion zielt auf wirksame Teilhabe, nimmt den Anspruch auf die notwendige Unterstützung ernst. Die spezifischen Kompetenzen der Lehrkräfte der allgemeinen Schulen und der sonderpädagogischen Lehrkräfte müssen gleichberechtigt zusammengeführt werden. Das ganze Kollegium benötigt Fortbildungs- und Beratungsmodule. Die CDU setzt auch auf die gezielte Unterstützung und den Ausbau von „Vorreiterschulen“, in denen Kinder und Jugendliche ohne Behinderungen und mit Behinderungen gemeinsam unterrichtet und erzogen werden. Wir wollen nach der Wahl ein Moratorium für Förderschulen veranlassen und Förderschulschließungen nach rein rechnerischen Gesichtspunkten beenden.

Barrierefreie Umwelt

- Barrierefreiheit im öffentlichen Raum?
- Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr?
- E-Scooter?
- Barrierefreie Arztpraxen?

Der ungehinderte Zugang aller Menschen zu Gebäuden, Kommunikation und Information, ebenso wie die Nutzungsmöglichkeiten, sind grundlegend für eine inklusive Gesellschaft. Wir haben ein umfassendes Verständnis von „Barrierefreiheit“ und werden in diesem Sinne weiter daran arbeiten, Menschen mit Behinderungen und gesundheitlichen Einschränkungen das Leben im Alltag zu erleichtern. Zum Ausbau der Barrierefreiheit setzen wir auf folgende Maßnahmen:

- Wichtig ist uns, dass die Information des Landes Nordrhein-Westfalen und der ihr angeschlossenen Behörden und Institutionen in barrierefreier Version angeboten werden. Nur so wird es in Zukunft jedem Bürger unseres Landes möglich sein, sich frei und selbständig ganzheitlich zu informieren.
- Die Bewilligungen von Fördermitteln soll nur bei Einhaltung von barrierefreien Standards erfolgen. Das gilt auch für die Filmförderung sowie den Wohnungs-, Verkehrs und Kulturbereich.
- Die Chancen der digitalen Technologien sind auch zur besseren gesellschaftlichen Teilhabe zu nutzen. So ist z. B. ein moderner, kostenloser barrierefreier Notruf für Menschen mit Hörbehinderungen einzuführen und ständig den neuesten technischen Entwicklungen anzupassen.

- Wir wollen, dass die gesetzlich vorgeschriebene Barrierefreiheit im ÖPNV bis zum Jahr 2022 umgesetzt wird.

Dr. Guido Hitze
Leiter des Bereichs Politik & Strategie
CDU Nordrhein-Westfalen